

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 562. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.



Gelegentlich für Halle a. S. Leipzigerstraße 87, hinterhaus.
Telephon 172. Eing. v. Brauhausstr. 158.
Gesellschaft: Dr. Walter Gieseler in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren f. d. festgesetzte Zeitungen oder deren Raum f. Halle u. den Umkreis
Halle, abwärts 30 Pf., Meiningen am Schloß die Stelle 100 Pf.,
Magdeburg-Stadt 20 Pf., Wittenberg in Halle a. S. u. bei allen bekannten Anzeigen-Expeditoren.

Gelieferte in Berlin, Defauerstraße 14.
Telephon-Num. VI Nr. 11494.
Zwei und vierzig von Otto Ziehe in Halle a. S.

Samstag, 30. November 1907.

Aus Russland.

Gleich nach Beginn der Reichsduma-Sitzung am 29. er. beilegt Ministerpräsident Stolypin die Rednertribüne und gibt eine Regierungserklärung ab, in der es u. a. heißt: Alle sind heute sich dessen bewußt, daß die von der extremen Linken geschaffene zerlösende Bewegung in offene Räuberei ausartet und alle vorbrecherischen Elemente gegen die Gesellschaft losgelassen sind, wobei die in erblicher Arbeit sich Abmühenden ruiniert wurden und die junge Generation demoralisiert wird. (Beifall beim Zentrum und der Rechten.) Die Regierung ist bis jetzt bemüht gewesen, verbrecherische Ausschreitungen auszurollen und wird auf diesem Wege verharren. Dazu gebraucht die Regierung pflichterfüllte Staatsdiener, Ordnung, Gerechtigkeit und innere Disziplin müssen in den Schulen eingeimpft werden. Die Regierung ist entschlossen, alle Mittel anzuwenden, um die Möglichkeit eines schnellen, regelrechten Gerichtsverfahrens zu sichern. Ferner weist die Regierung darauf hin, daß sie auf die Willkür der Volksvertreter in der Entfaltung ungesetzlichen Verfahrens seitens der Staatsorgane rechnet. (Beifall.) Die Regierung hofft, dem Lande auf diesem Wege Ruhe zu verschaffen. Doch können die nötigen Reformen nicht erreicht werden, solange eine Befreiung der Wege von Millionen der landwirtschaftlichen Bevölkerung noch nicht erreicht ist. (Beifall.) Die Regierung hebt die Unantastbarkeit des Privatbesitzes hervor. Daraus folgt die Unantastbarkeit des kleinen Grundbesitzes als der Basis der Erziehung Russlands. (Beifall.) Danach erwähnt die Regierungserklärung Einzelheiten des nötigen Reformwerkes, darunter die Umgestaltung der Sozialversicherungsinstitute, die Volksaufklärung und die Zusammenfassung des Staates für die Arbeiterklasse. Im Zusammenhang mit diesen Regierungsvorlagen hebt die Regierung die eingebrachte Gesetzesvorlage betreffend das lokale Gerichtswesen hervor. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, jegliche Maßnahmen zugunsten der Kirche und der Geistlichkeit zu unterstützen. Sie hofft, in der Duma bald die Gesetzesvorlage betreffend die Selbstverwaltung einiger Grenzprovinzen, der vorhergehenden Umgestaltung der inneren Gouvernements entsprechend, einzubringen, wobei das Prinzip der Einheit des ganzen Staates die Regierung leiten wird.

Die Beziehungen zu allen Mächten sind die besten. Die Regierung will die russischen Streitkräfte auf die der Ehre und Würde Russlands entsprechende Höhe bringen. Die Mittel hierfür zu bewilligen wird die Duma aufgefordert. An erster Stelle hat die Duma die Budgetvorlage zu erledigen, wobei auf die Erhaltung des Gleichgewichts des Budgets als Basis zur Wiederherstellung des russischen Kredits hinzuwirken ist. Der Wille des Monarchen hat oftmals bewiesen, wie sehr die Oberherrlichkeit ungeachtet der außerordentlichen Schwierigkeiten die Grundlagen der neuen Gesetzgebung trägt, welche auch die Grenzen der vom Kaiser verliehenen repräsentativen Staatsordnung feststellt. (Beifall.) Die Regierungserklärung schließt mit den Worten, daß die historische schicksalreiche Gewalt (fürstliche Gewalt) und der freie Wille des Monarchen als leuchtendes Vermögen des russischen Staatswesens erscheinen, da allein diese Gewalt und dieser Wille, welche die jetzigen Einrichtungen geschaffen haben und sie schützen, herauf sind, Russland zu Zeiten der Gefahr und der Erschütterungen zu retten und auf den Weg der Ordnung und der historischen Wahrheit zurückzuführen. (Stimmfroh Beifall.)

Um sich für den Typ eines aller modernsten Anforderungen entsprechenden Linien Schiffes zu entscheiden, hat der russische Marineminister beschloffen, ein Ausschreiben zu erlassen für die bedeutendsten Schiffbauwerken Russlands und des Auslandes. Es sollen Pläne eingereicht werden für den Bau eines Viermasteschiffes.

Das Schiff wird in Russland mit russischem Material und von russischen Arbeitern nach den von Marineministerium ausgegebenen Plänen erbaut werden. Auch die Maschinenrichtung wird in russischen Werkstätten hergestellt werden.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in England. Seine Majestät der Kaiser unternahm Freitag früh einen Spaziergang im Park von Highcliffe. Zur Frühstückstafel am Donnerstag war der erste Offizier der „Hohenzollern“, Norberten-Kapitän Köppler, geladen. Freitag nachmittags unternahm der Monarch eine Autofahrt im Automobil über Bournemouth nach Corfe Castle.

Die Kapelle der „Hohenzollern“ gab am gleichen Nachmittag in Giesinghagen, „Wintergärten“ ein feierliches Konzert, das großen Erfolg hatte. Am Verlauf des Konzertes ließ der Major von Bournemouth eine Ansprache halten, bei der Kaiser für die erzielte Erlaubnis zum Spiel und der Kapelle für ihre Leistungen, Kapellmeister Köppler erwiderte dankend.

Dr. Sachs Nachfolger. Wie jetzt bestimmte verlautet, ist zum Nachfolger des in der Absetzung tretenden Reichs- und Bundespräsidenten Dr. v. O. der Vizepräsident des Reichs- und Bundespräsidiums v. Clafenapp ausersehen.

Beim Empfang der Zeiter des Deutschen Ärztevereinsbundes durch den Reichstagler handelte es sich nach der „D. Med. Wchzt.“ um die Überreichung des Beschlusses vom Deutschen Ärzteverband über die Kasienarzfrage. Als Hauptforderungen zu einer befriedigenden Lösung werden darin bezeichnet: Gezielte Bestimmungen über die Regelung der Rechte und Pflichten der Stenografen, Zulassung jedes Arztes bei allen Krankenfällen seines Geschäftsbereiches, freie Arztwahl und Einführung von paritätischen Einigungscommissionen zur Schlichtung von Streitigkeiten von Ärzten und Kasien. Die Unterbrechung verließ zur vollen Zufriedenheit der Abordnung.

Die Finanzereibolge soll nach der Vorlage an die Generaldeputation folgende Ordnung erfahren: **Finanzgesetz** 2400, **Schiffgesetz** 6000 Mk., von drei zu drei Jahren Steigerung auf 2800, 3200, 3700, 4200, 4700, 5200, 5600 Mk.

Die Pensionsbezüge emeritierter Lehrer. Eine Petition um Erhöhung der Pensionsbezüge emeritierter Lehrer ist von Seiten des Deutschen Lehrerbundes an den Kultusminister gerichtet worden. Es handelt sich dabei um den Wunsch einer Erhöhung der Pension aller ausgeschiedenen Lehrer.

Ein Reichs-Elektrizitäts-Monopol? Die Korrespondenz-Kommission schreibt: Durch verschiedene Blätter ging das Gerücht, daß die Einführung eines Reichs-Elektrizitäts-Monopols in Erwägung gezogen werde. Vieles wurde hieran die Bemerkung gemacht, daß es besonders die bayerischen Volkkräfte seien, auf welche es hierbei abgesehen sei. Die bayerische Staatsregierung hat Veranlassung genommen, zuständigen Ortes über die Angelegenheit Erkundigungen einzuziehen. Das Ergebnis derselben geht, wie vorauszusehen war, dahin, daß das Gerücht über die Einführung eines Monopols völlig unbegründet ist.

Parlamentarismus. Der Direktor beim Reichstage Geheimrat v. Jürgensen bezieht am heutigen Samstag das 25-jährige Jubiläum als Premier des Reichstages. Geheimrat Jürgensen war am 30. November 1882 in die Dienste des Reichstages getreten.

Die 18. Reichstagskommission zur Vorbereitung des Gesetzes über die Sicherung der Bauanforderungen hat den Abg. Wagnon (fr. Sp.) zum Vorsitzenden gewählt.

Die Petitionskommission des Reichstages hat eine Petition des Deutschen Vereins Münzberg über die Abschaffung der Silbermünzen und Scheidemünzen, über Umstellung der Münzen und die Silbermünzen, Ausdehnung oder Verengung des Silbers auf die Verwendung eines getriebenen vollen Metallens, Einführung eines getriebenen vollen Metallens, Einführung von paritätischen Stellenmachten dem Reichstagler als Material überreicht.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

2. Sitzung vom 29. November, 11 Uhr.
Am Ministerisch: Frhr. v. Rheinbaben, Decker, v. Arnim, v. Kollie, Holle.

Daus und Trüben sind fast beise.
Das Amdenken der seit dem Ende der vorigen Session verstorbenen Mitglieder Gals (fr. Sp.), v. Kardorf (fr. Sp.), v. Kollie (fr. Sp.), Fr. v. Arnim (fr. Sp.), Fr. v. Arnim (fr. Sp.) und Dabach (Zentr.) erst das Haus durch Erheben von den Plätzen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des Präsidiums. Durch Zufall werden wiedergeblich Abg. v. Kollie (fr. Sp.) zum Präsidenten, Dr. Kollie (Zentr.) zum ersten und Dr. v. Arnim (fr. Sp.) zum zweiten Vizepräsidenten; ebenso die früheren Schriftführer und Lektoren.

Es folgt die erste Lesung der neuen Finanzvorlage. Erster Redner ist

Abg. Dr. v. Juchaczewski (Pol.): Das hohe Haus steht heute vor einer ersten Entscheidung. Einwas neues zur Finanzvorlage soll sich nicht zeigen. Aber eine Vorlage, die so tief in die Rechte meiner Staatsgenossen eingreift, fordert ernste Würdigung. Einem Teil der Landstümer zu verwenden. Die Vorlage ist mit der Verfassung unvereinbar. Was erreichen Sie denn mit der Vereinerung der politischen Landbevölkerung? Doch nur eine Stärkung des politischen Elements in den Städten. Die Sicherung der Grundbesitzerpreise halte auch ich für ungesund, aber sie ist doch nur die Schuld der Aufhebungskommission, die immer höhere Preise bietet. Die Vorlage zeigt, daß die Regierung seinen Frieden mit den Polen nicht will. Sie wollen schiefen Frieden mit dem Reich. (Sehr richtig!) Ein Ausnahmegericht verleihe unsere Ehre. Ob wir in diesem Kampf unterliegen oder nicht, ist gleich; wir betonen auf die Gerechtigkeit Gottes. (Beifall bei den Polen.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Die Vorlage soll das Aufhebungsgesetz von 1886 zur Durchführung bringen und den Widerstand gegen dieses Gesetz brechen. Der Staat hat mit seinen Verbindlichkeiten im vorigen Jahrhundert erwirbt, daß er den Frieden will. Diese Verbindlichkeiten sind aber erfolglos geblieben. Der Minister führt einige Beispiele für diese früheren Verbindlichkeiten an. Polen wurden zu Offizieren gemacht und Polen erhielt auch einen besonderen Provinziallandtag. Aber neben dem politischen Adel hat die politische Geistlichkeit stets zum Ganzen gehört, die Vorkämpfer auf dem Saures Verbindlichkeiten. Zahlreiche deutsche Katholiken wurden konvertiert und mit der Zunahme der Volkszahl vertrieben, die auch die große politische Agitation. Nun muß der nationale Kampf durch-

geführt werden, da eine Verständigung auf mittlerer Linie ausbleibt. Wir müssen die Aufhebungspolitik unangeführt fortführen. Dazu bedürfen wir der neuen Mittel, die die Vorlage anführt.

Abg. Frhrer v. Jochis (fr. Sp.): Wir müssen, um der Verdrängung der Deutschen im Osten ein Ende zu machen, einen Kampf gegen die Polen erörtern. Dabei wollen wir die Regierung energisch unterstützen. Freilich haben wir auch sorgfältig zu prüfen, ob die von der Regierung vorgelegenen Mittel zweckmäßig sind. Neben der Heranziehung neuer deutscher Elemente sind die im Osten bereits vorhandenen Deutschen zu hegen. Wir wiederholen aber, daß die Aufhebung deutscher Arbeiter im Osten unerlässlich ist. Man wird es verstehen, daß ein konsequenter Mann an die Entziehungsvorlage mit großer Vorliebe herantritt. Man wird der Regierung das Entziehungsgesetz nicht genehmigen, wenn sie ohne dieses Recht die Aufhebungspolitik nicht gedeihlich fortführen kann. Meine Freunde sind einmütig der Meinung, daß der Regierung dieses Recht zu geben ist. Freilich müssen die Ausnahmebestimmungen, unter denen die Entziehung eintreten darf, härter gefaßt werden. Daneben sollte das Gesetz durch Gesetz bestimmt werden. Ich beantrage Verweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Wir werden dort alles tun, um das Zustandekommen des Entwurfs zu fördern. (Beifall.)

Abg. Dr. Vorkh (Ztr.): Unsere Haltung gegenüber der Gesetzgebung, die jetzt noch erweitert werden soll, ist von jeher die gewesen. Frhr. v. Schorlemer hat vor langen Jahren gesagt, man werde die Polen mit jeder Gesetzgebung nicht schenken, sondern härten. Das ist eingetroffen. Der 1886 hat der politische Grundbesitz abgenommen, aber seitdem sind 350 Millionen ausgegeben, und der politische Grundbesitz hat um 100 Millionen zugenommen. (Hört! hört!) Im Zentrum und links. Diese 350 Millionen sind in politische Hände gekommen und dienen zur Stärkung des politischen Willens in den Städten. Früher war die politische Willensschwäche ein Hindernis für die Entziehung, um ein Grundbesitz der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Jetzt will man nicht das Objekt, sondern das Subjekt des Eigentums erprovozieren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es ist eine schlechte Politik, Leute, die an ihrer Scholle leben, also ein durchaus lebenswichtiges Element, von ihrer Scholle zu trennen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nach der Erfahrung, die wir gemacht haben, wird der Entwurf zum Gegenteil vom Frieden dienen. Wir lehnen die Vorlage ab, ohne uns der Kommissionsberatung zu widerlegen. (Beifall im Zentrum.)

Zustimmender Dr. Decker: Ich will die Rechtsgrundlage darlegen, die ich bei der Entziehung halte. Die Gesetzgebung hat sich seit den früheren Vorlagen nicht geändert. Nur ist jetzt nur die Entziehung. Das Wichtigste ist, daß die Entziehung im Interesse des öffentlichen Wohls erfolgt, und das ist bei unserer Vorlage der Fall. Ueber die Ausgestaltung der Vorlage wird in der Kommission noch des näheren zu sprechen sein. Die Verabschiedung ist nicht beabsichtigt, da im Entwurf nicht ist, doch ein Widerspruch anders gefaßt werden soll als ein Verzicht. Auch das Freizügigkeitgesetz ist nicht verlegt. Wenn es anders gefaßt ist: Alle Weichen sind vor dem Gesetz gleich, so soll das nach allgemeinem gültiger Auslegung nur betragen, jedes preussische Gesetz gilt gegen jeden Preußen gleich angewandt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Wird in der Finanzvorlage planmäßig vorgegangen, dann wird wir bereit, auch die nötigen Mittel zu bewilligen. Was wir heute an politischen Streit haben, müssen wir bekämpfen zur Sicherung des Vaterlandes. (Sehr richtig!) Am entscheidenden Augenblick haben bei den Polen stets die revolutionäre die Führung gefaßt. Sie sind stumm! Nach der politischen und kulturellen Seite hat die Aufhebungspolitik vorzüglich: Erfolge gehabt. Die Hindernisse, die sich der Fortführung der Aufhebungspolitik entgegenstellten, müssen beseitigt werden. Entziehung aus historischen Gründen ist durchaus möglich. Freilich will die Entziehung in der Kommission zum eingehend überlegt werden. Wenn die Polen aber meinen, unsere Verbindlichkeiten zu ändern, wenn sie das Ausmaß gegen uns mobilisieren, dann treten sie sich. (Lebhaft Zustimmung.) Wege die Kommissionsberatung unsere Verbindlichkeiten gegen die Vorlage befestigen.

Abg. Rindler-Koln (fr. Sp.) ist gegen die Entziehungsvorlage, weil sie die Aufhebungskommission im Osten zum Alleinherren macht. Einem Ausnahmegesetz könne er nicht zustimmen.

Minister v. Arnim erwidert, die Entziehung richte sich gegen die Grundbesitzer. Für die politische Bewegung sei aber der Mittelstand die Hauptkraft. Die Aufhebungskommission sei demnach, auch Arbeiter anzusehen. Dies sei auch ein 1200 Stellen gelungen. Freilich dränge der Arbeiter vorwiegend nach dem Westen.

Abg. v. Eichenburg (son.): Meine Freunde stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Polenpolitik der Regierung nicht ist und daß zu ihr auch die Aufhebungspolitik gehört. Wir geben zu, daß die Aufhebungspolitik nicht in vollem Umfang die erwarteten Früchte erzielt hat. Wir geben weiter zu, daß die Kompetenzen der Regierung erweitert werden müssen. Ueber die Wege kann man verschiedener Meinung sein. Unerlässlich ist nach unserer Meinung vor allem die Reorganisation der Aufhebungskommission. (Lebhaft Zustimmung.) Wie nicht jetzt ein Mann aus, der ein Jahr von der Aufhebungskommission beurlaubt worden ist! (Heiterkeit.) Das könnte die Aufhebungskommission beurlaubt werden, in denen es heißt: „Ich bin durch dieses Anlaufsinem ruiniert.“ (Hört! hört!) Bis dato, um cito dat — muß fünfzig der erste Grundbesitz für die Güterkäufe der Kommission sein. Zwischen Grundbesitz ein vernünftiges Verhältnismäßig. Es ist eine starke Minderheit, die wir lassen die Einzel gegenüber der Sozialdemokratie lauter, während wir bei den Polen anziehen. (Sehr richtig!) Die Summe von 350 Millionen halten wir für zu hoch. Für Domänenkäufe wollen wir 50 Millionen gern bewilligen. Auch die 50 Millionen, die den vorhandenen deutschen Grundbesitz festigen wollen, fallen wir für zweckmäßig. Die Entziehungsvorlage haben wir uns bisher volle Freiheit vorbehalten. Wir werden der Frage näher treten, wenn

